

# Liechtensteiner Volksblatt

**Bezugspreise:** Inland und Schweiz jährlich Fr. 14.50, halbjährlich Fr. 7.30, vierteljährlich Fr. 3.70. Ausland halbjährlich Fr. 13.50, jährlich Fr. 27.—. Postamtlich bestellt halbjährlich Fr. 12.—, ganzjährlich Fr. 24.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die nächstliegenden Postämter, die Verwaltung des Volksblattes in Vaduz, in der Schweiz auch die Buchdruckerei Au (Rthl.) Tel. Nr. (071) 731 60. Verwaltung: Vaduz Tel. (075) 221 43. Redaktion: Vaduz, Telefon Nr. 2 13 94. Postcheck Nr. IX/2988



**Anzeigenpreise:** Die 1spalt. Millimeterzeile Anzeigen Reklame  
 Inland 7 Rp. 20 Rp.  
 Angrenz. Rheintal (Sargans b. Sennwald) 9 Rp. 22 Rp.  
 Uebrig Schweiz 10 Rp. 24 Rp.  
 Ausland 12 Rp. 28 Rp.

**Anzeigenannahme für das Inland:**  
 Verwaltung des Blattes in Vaduz, Telefon 2 21 43  
 Für das Rheintal, Schweiz und übrige Ausland:  
 Schweizer Annoncen A.-G.  
 St. Gallen, Tel. 22 26 26; und übrige Zweiggeschäfte

**— Segen für amtliche Sundaynachungen —**

## Freie Wirtschaft oder Verstaatlichung?

(Unter diesem Titel veröffentlichten wir Teile eines interessanten Leitartikels des bekannten Wirtschaftswissenschaftlers Dr. Hermann Zickert, der viele Jahre in unserem Lande gelebt und gearbeitet hat. Dr. Hermann Zickert verlegte durch den Baltic-Verlag seine wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten, die in allen Kreisen große Beachtung fanden. Dr. Hermann Zickert starb am 23. August 1954 in Vaduz als hochgeachtete Persönlichkeit. Die Redaktion.)

In Rußland ist 1917 der Versuch gemacht worden, dem leeren Begriff Sozialismus einen wirklichen Inhalt zu geben: Das Privateigentum wurde abgeschafft; das Geld wurde durch Arbeitsscheine ersetzt; jeder „Arbeiter“ erhielt den gleichen Lohn ohne Rücksicht auf seine Leistung, Arbeit oder Stellung; die Gewinnrechnungen und Bilanzen wurden beseitigt, an ihrer Stelle eine „Verteilung“ des Sozialprodukts eingeführt. Kurz: Alle Symbole des Kapitalismus und Einrichtungen, die für solche gelten konnten, wurden ausgemerzt. Alles war anders.

Der Mißerfolg aller dieser sozialistischen Versuche in Rußland ist bekannt. An ihrer Stelle steht jetzt ein totaler Staatskapitalismus, der wieder alle kapitalistischen Symbole trägt: Privateigentum ist erlaubt, sogar dessen Vererbung; es gibt nicht nur wieder Geld und Geldkapital, sondern auch „arbeitsloses“ Einkommen, nämlich als Zinsen und Prämien der Staatsanleihen; die Löhne und Gehälter werden nach Leistung oder Amt ausbezahlt, sie können im Ausmaß von etwa 1:1000 verschieden sein, es gibt sogar wieder Akkordlöhne; die Staatsbetriebe stellen Gewinnrechnungen und Bilanzen auf und werden nach diesen in ihren Erfolgen beurteilt.

Was ist an diesem Staatskapitalismus noch sozialistisch, worin unterscheidet er sich noch vom Privatkapitalismus? Die soziale Fürsorge für den Arbeiter ist teils besser, teils schlechter als in kapitalistischen Ländern. Die Meinungen darüber sind verschieden, es hängt das von den Vergleichsobjekten ab. Jedenfalls ist auch die soziale Fürsorge nicht grundsätzlich anders als im Kapitalismus.

Der einzige Unterschied gegen andere Länder besteht darin, daß der Staat alleiniger Eigentümer aller produzierenden Betriebe ist an Stelle einer großen Anzahl Privateigentümer, Aktionäre usw. Das ist aber kein Unterschied gegenüber dem Kapitalismus als Wirtschaftsordnung, sondern nur sozusagen die Vollendung selbst dieser Wirtschaftsordnung, die in anderen Ländern auch schon auf dem Wege ist. Es ist die letzte Konsequenz der Entartung der freien Marktwirtschaft durch Monopolbildung im Lauf der kapitalistischen Entwicklung.

Jemand hat einmal geschrieben, daß die Begriffe der Menschen um ein halbes bis ganzes Jahrhundert hinter der Wirklichkeit nachhinken. Wir denken heute meist noch in Begriffen, deren Vorstellungen einmal vor fünfzig oder hundert Jahren als wirklich existiert haben.

So hängt die Vorstellung von einem kapitalistischen Großbetrieb immer noch an einem Unternehmen, dessen Eigentümer zugleich sein Herr war, der seine Arbeiter nach seinem Gefallen kommandierte und hinauswarf, der allein der persönliche Nutznießer ihrer Arbeitskraft war. Das war vor hundert Jahren etwa die Regel, kann aber heute nur noch als Ausnahme gelten.

Die gegenwärtigen Großbetriebe letzter privat, aber monopolkapitalistischer Konsequenz findet man vor allem in Amerika. Sie sehen so aus: Es sind Riesebetriebe an einem oder vielen Plätzen mit Hunderttausenden Arbeitern, geleitet und kontrolliert von einem großen Verwaltungsapparat mit Tausenden von Perso-

nen, immer einer über dem anderen. Eigentümer ist eine Gesellschaft, deren Aktien sich in den Händen von Zehntausenden oder Hunderttausenden befinden, deren jede ein Anteilchen hat. An jedem Aktionär hängt noch seine Familie, so daß die Zahl der „Eigentümer“ sich vielleicht verfünffacht.

Das Sozialprodukt eines solchen Betriebes in Amerika wird — in Geld umgewandelt — verteilt mit vielleicht 60% an die Hunderttausende Arbeiter, 10% an die Tausende Verwaltungspersonen, 20% an den Staat als Steuer, 10% arbeitsloses Einkommen (Dividenden) an die Hunderttausende von Aktionären.

In Rußland sind es auch Riesebetriebe. Ihre Hunderttausende von Arbeitern werden geleitet und kontrolliert von einem bis zur Spitze immer besser bezahlten Verwaltungsapparat. Der Staat nimmt gleichfalls seine Steuern und ist außerdem noch Eigentümer, der aus dem Gewinn auch seine Anleihen verzinsen muß, die er teils für Investitionen in den Betrieben emittiert hat, und die sich in Millionen von Händen befinden.

Das Sozialprodukt des Betriebes wird auch in Rußland — in Geld umgewandelt — verteilt mit vielleicht 60% an die Arbeiter, 10% an die Leitung, 30% an den Staat als Steuern oder Gewinn, wovon vielleicht wieder ein Drittel als arbeitsloses Einkommen den Anleihegläubigern ausbezahlt wird. Diese haben Ersparnisse gemacht und in Anleihen angelegt wie anderswo auch in Anleihen und Aktien. Setzt man Anleihegläubiger für Aktionär, so verschwindet auch der letzte Unterschied.

Ein solcher Staatskapitalismus unterscheidet sich im Wesen doch in nichts von der jetzt überwiegenden Stufe des Privatkapitalismus, nur in Zahlen und Namen. Man sagt, der Unterschied bestehe darin, daß die Produktionsmittel ausschließlich Eigentum des Staates seien, daß also niemand aus der Ausbeutung der Arbeit eines anderen Einkommen oder Gewinn haben könne. Die hohen Einkommen und die daraus ersparten Privatvermögen könnten in Rußland stets nur das Ergebnis eigener Arbeit sein.

Aber das ist doch nur ein Spiel mit Worten. Wenn in einer Fabrik 100 000 Arbeiter täglich

acht Stunden arbeiten und dafür jährlich jeder 3000 Rubel Lohn bekommen, der „Generaldirektor“ dagegen 1 Million Rubel Gehalt oder Gewinnanteil für auch acht Stunden tägliche Arbeit, so ist das nur möglich, weil eben das Sozialprodukt mehr wert ist als die 300 Millionen Rubel an die Arbeiter ausgezahlte Lohnsumme, und sich der Generaldirektor mit seiner Verwaltung sowie der Staat diesen Mehrwert einstecken.

Nach sozialistischer Terminologie wird dem „Arbeiter“ der volle Gegenwert seiner Arbeitsleistung vorenthalten. Das kommt noch viel klarer bei der Arbeit zum Ausdruck, die er für das arbeitslose Einkommen der „Zinspicker“ der Staatsanleihen leisten muß. Und wo bleibt die eigene Arbeit derer, die durch Erbschaft in den Besitz der zinstragenden Staatsanleihen kommen?

Die Sozialisierung hat sich im Falle Rußland schon um die eigene Achse gedreht. Ihr praktischer Versuch ist in den totalen Kapitalismus mit nahezu allen seinen Symbolen und Einrichtungen ausgelaufen. Denn es gibt nur eine kapitalistische Wirtschaft, aber in vielen verschiedenen Formen, in der Natur. Der Nichtkapitalismus, genannt Sozialismus, existiert nur in der Sprache als kontradiktorischer Gegensatz von Kapitalismus und kann gerade deshalb als Wortfetisch angebetet werden.

Ein konträrer Gegensatz zum „Kapitalismus“ ist etwa die primitive Tauschwirtschaft oder die Feudalwirtschaft. Da das aber positive Begriffe sind und man sich darunter etwas — nicht gerade Schönes — vorstellen kann, so entbehren diese Worte eben deshalb der Zauberkraft und vermögen die Massen nicht zu erregen. (Fortsetzung folgt.)

## Ausländische Pressestimmen

Die „Tat“ veröffentlichte in der Nummer vom 31. Mai 1956 die Antworten verschiedener Sachverständiger und Behördenvertreter unter dem Titel: „Droht bei Schuders eine Naturkatastrophe?“ Ueber diese Umfrage lesen wir folgende Äußerungen unseres Regierungschefs zu diesem Problem:

„Der Rhein bildet auf einer Länge von 26 Kilometern die Staatsgrenze zwischen unserem

## Tribüne DER FREIEN MEINUNG

### Noch eine Ergänzung zur Einsendung

„Das Land ohne Etikette“.  
 Ich gehe mit den Ausführungen des Einsenders vollkommen ein. Nur etwas hat er vergessen und zwar hätte er noch schreiben sollen, daß zur Etikette auch noch etwas anderes gehört: Ein gediegenes Antlitz der Gebäulichkeiten und Anlagen des Ortes, die im Blickfeld von offiziellen Ereignissen stehen und die auch als Visitenkarten dienen sollten. Wenn ich zum Beispiel daran denke, daß der Platz vor der Pfarrkirche in seinem jetzigen Zustande in wenigen Wochen dem Ereignis unserer 150. Jahrfestfeier dienen soll (feierliches Pontifikalamt im Beisein hoher offizieller Gäste in der Pfarrkirche Vaduz), dann muß mich das sehr bedenklich stimmen. Ich bin kein Fachmann und weiß nicht, wie die vorhandenen „Kiesgruben“ noch in wenigen Wochen in Blumengärten umgewandelt werden können. Ich will auch nicht jenen Vorwürfe machen, die für diesen monatelangen, ja bald jahrelangen Zustand die Verantwortung tragen. Ich habe mich nur schon sehr geärgert, daß da nichts vorwärts geht. Auf alle Fälle werden die offiziellen Gäste nicht verstehen können, daß man auf ein Ereignis, wie es die 150. Jahrfestfeier darstellt, nicht alles unternommen hat, um auch diesem Platz ein besonderes Gepräge zu geben. Jetzt, wo die Anlagen vor dem Regierungsgebäude auf jeden Beschauer ihren guten Eindruck nicht verfehlen, muß der Platz vor der Kirche einen zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Es sieht fast so aus, als ob das Geld nicht weiter gelangt hätte, als bis zum Rheinberger-Denkmal, südlich des Regierungsgebäudes. Ich für meinen Teil würde es vorziehen, zuerst hier Wandel zu schaffen, bevor man die Gäste mit Trommeln und Fanfaren zu empfangen gedenkt.

Auch einer, der sich für andere schon geschämt hat.

## Verkehrserziehungsaktion 1956

Jeder an seinen Platz!



### Preisaufgabe: Was wird hier alles falsch gemacht?

Sorglos radeln die drei Velofahrer nebeneinander in den schönen Sommertag hinein. —

Aber mehr als zwei Radfahrer dürfen nicht nebeneinander fahren. Und dann spielt man doch nicht den Hans-Guck-in-die-Luft, wie unsere drei Freunde. Der Blick gilt doch der Fahrbahn und dem Verkehr. Die Lenkstange faßt man mit beiden Händen. Wollt Ihr die Landschaft bewundern, so steigt ab. Und dann der Automobilist hinter Euch auf der linken Fahrbahnhälfte, ob-

wohl ihm ein Auto entgegenkommt. Wer wäre hier an einem Unfall schuld? Die zu dritt fahrenden Velofahrer, der vordrängende Automobilist? Wer will ein Prozeßchen riskieren? Merkt Euch: Radfahrer dürfen höchstens zu zweit nebeneinander fahren. Auf schmalen Straßen und in Kurven ist Einerkolonne ein Gebot der Vernunft. Sei vernünftig — lebe länger!

Fürstentum und der Schweiz. In zwei Staatsverträgen haben wir uns mit der Schweiz über die Breite des Flusses und die Höhe der Dämme geeinigt. Jährlich wenden wir in unserem Budget, das total etwa 7,5 Millionen Franken beträgt, allein 300 000 bis 500 000 Franken für Unterhalt und Verstärkung der Dämme und sonstigen Korrektionsmaßnahmen auf.  
 Seit jeher, und besonders seit dem Dammbruch von 1927, ist man bei uns an allen Ereignissen interessiert, die Einfluß auf das Verhalten des Rheins ausüben können. Der Fluß lagert jährlich etwa 70 000 Kubikmeter Geschiebe auf unserer Strecke ab. Mit einem Staatsbeitrag von Fr. 200 000.— haben wir gemeinsam mit dem Kanton St. Gallen durch die Kibag ein Kieswerk erstellen lassen und die Kibag verpflichtet sich, während 20 Jahren dem Rheinbett jährlich 120 000 Kubikmeter Kies zu entnehmen. Dadurch leisten wir unseren Beitrag an die Verminderung der Sohlenerhöhung des Rheins. Liechtenstein liefert dem Rhein keinen einzigen Stein. Unser Binnenkanal nimmt alle seitlichen Gewässer auf, alles Wasser wird erst kurz bevor der Rhein unser Staatsgebiet verläßt, in diesen eingeleitet.

Ich habe Schuders verschiedentlich besucht. Zweifellos würde eine große Rutschung Folgen im Rheinbett zeitigen. Immerhin betrachte ich die Gefahr als nicht sehr akut.

Ich persönlich und mit mir auch alle anderen Liechtensteiner werden aber die Entwicklung in Schuders aufmerksam verfolgen, denn jede Rutschung im Einzugsgebiet des Rheins bedeutet für das ganze Rheintal eine potentielle Gefahr.“

\*